

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Den Behörden ist im hessischen Oberursel vor dem letzten Wochenende ein großer Ermittlungserfolg gelungen. Das festgenommene, vermutlich radikal islamistische Paar hatte offenbar einen Bombenanschlag auf das traditionelle Radrennen in Frankfurt am Main geplant. Schlimme Erinnerungen an das Attentat auf den Marathon in Boston sind beinahe unvermeidbar. Es ist zu hoffen, dass die Behörden die Planungen restlos aufklären und möglichen Hinterleuten auf die Spur kommen werden. Es ist gut, dass die Behörden künftig auch auf Verbindungsdaten zurückgreifen können.

Der Vorfall in Hessen hat aber auch gezeigt, dass wir alle gefragt sind, wenn es um unsere Sicherheit geht. Es ist gut, dass es die Meldepflicht für den Kauf bestimmter chemischer Produkte in größeren Mengen gibt und es ist gut, dass aufmerksame Baumarktmitarbeiter die Polizei informiert haben.

Aber nicht nur die Polizeibehörden in Bund und Ländern leisten gute und wichtige Arbeit, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Auch die Arbeit der Nachrichtendienste trägt ganz wesentlich zur Sicherheit in Deutschland bei. Das muss bei allen Diskussionen um die Vorwürfe, die jetzt dem BND gemacht werden, auch klar und deutlich gesagt werden.

Deutschland hat angesichts der Bedrohungen etwa durch den islamistischen Terrorismus Sicherheitsinteressen. Und dafür brauchen wir neben der Polizei auch die Nachrichtendienste, um die Sicherheit in unserem Land garantieren zu können. Dazu gehört auch die jetzt in der Kritik stehende Zusammenarbeit der Dienste. Klar ist auch: Die Anschuldigungen taugen nicht zur parteipolitischen Profilierung.

Wer auf der Basis von Vermutungen diskutiert, mag die Schlagzeilen des Tages beherrschen. Der Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen wird man so aber nicht gerecht. Den Vorwürfen wird in den dafür geschaffenen parlamentarischen Gremien nachgegangen. Dort kann man auch faktengestützt feststellen, ob Entscheidungen und Strukturen richtig waren und sind. Und wenn nicht, werden sie geändert. So war eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss übrigens, dass die Behörden besser zusammenarbeiten und ihre Informationen austauschen müssen. Was im Inland richtig ist, kann bei der Zusammenarbeit mit befreundeten ausländischen Diensten nicht falsch sein. Aber es muss auf der Grundlage unserer Gesetze geschehen.

Erfreulich ist, dass Berlin in diesem Jahr erstmals seit Jahren einen überwiegend friedlichen und damit sicheren 1. Mai feiern konnte. Den Menschen ist es gelungen, die unbelehrbaren Krawalltouristen und Brandstifter so weit zu isolieren, dass eine gut aufgestellte und eingesetzte Polizei diese unfriedlichen Demonstranten im Griff hatte. In Weimar dagegen konnten Rechtsextremisten eine Mai-Kundgebung stören. Die thüringische Landesregierung sollte prüfen, ob sie alle Instrumente zur Verhinderung solcher Vorfälle nutzt.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

EU-Projekttag an der Realschule Baesweiler

Am kommenden Montag, den 11. Mai werde ich im Rahmen des bundesweiten EU-Projekttag in den ersten beiden Unterrichtsstunden die Realschule Baesweiler besuchen, um mit den Schülern zum Thema "Europa" ins Gespräch zu kommen. Vor zwei Wochen war ich aus diesem Anlass schon am Goethe-Gymnasium in Stolberg.

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Die deutsch-israelische Annäherung stellte nach den Verbrechen des Holocausts im Grunde eine schier aussichtslose Aufgabe dar. Nur mutige Staatenlenker wie Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, für die Moral, Staatsräson und Realismus zusammengehörten, konnten diese Herausforderung annehmen. Ihrem entschlossenen Handeln ist es zu verdanken, dass der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufnehmen konnten.

1965 - 2015
50 Jahre
לימים דיפלומטיע
יחסי גרמניה-ישראל
50 Jahre
Diplomatische Beziehungen
Deutschland-Israel



Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mit unserem Antrag im Plenum in dieser Woche das 50. Jubiläumsjahr der Aufnahme der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen gewürdigt. Wir positionieren uns einmal mehr klar: Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für den Deutschen Bundestag unverzichtbar.

Fracking eindeutig regeln

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, das sog. Fracking gesetzlich zu regeln. Dabei haben der Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers absoluten Vorrang. Die Bundesregierung hat dazu jetzt ein ausgewogenes Gesetzespaket vorgelegt, das wir in der zurückliegenden Woche in erster Lesung beraten haben.

Zum einen sollen damit Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes vorgenommen werden, mit denen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung Rechnung getragen wird. Der Umgang mit Lagerstättenwasser wird geregelt. Wo Risiken nicht zu verantworten sind oder unzureichende Kenntnisse bestehen, wird Fracking verboten. Weitere Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz beinhalten Regelungen zum Verbot bzw. zur Einschränkung von Fracking in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Natura-2000-Gebieten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung ist ebenfalls Teil des sogenannten Fracking-Pakets. Die Regelungen sollen für Geschädigte die Durchsetzung von möglichen Schadenersatzansprüchen wegen Bergschäden durch den Bohrlochbergbau sowie durch Untergrundspeicher erleichtern. Weitere Änderungen betreffen die Einführung von verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie eine Verschärfung der bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie, insbesondere strengere Anforderungen zur Entsorgung des Lagerstättenwassers und der Frack-Fluide.

Deutsche Sprache bleibt gefragt

Deutsch ist mit 100 Millionen Muttersprachlern nicht nur die meistgesprochene Sprache in Europa, sondern darüber hinaus für viele Menschen attraktiv: Aus einer Erhebung des Auswärtigen Amtes geht hervor, dass momentan weltweit 15,4 Millionen Menschen die deutsche Sprache in Schulen, Hochschulen und im Rahmen der Erwachsenenbildung erlernen.

Die meisten Deutschlernenden gibt es mit 9,4 Millionen in Europa, davon alleine 2,28 Millionen in Polen. Die größten prozentualen Zuwächse sind in Südamerika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Asien generell zu verzeichnen: In China etwa hat sich die Zahl in den vergangenen fünf Jahren auf 117.500 verdoppelt.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 09/15 08. Mai 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)